

Haushaltsrede der FDP-Fraktion Rödermark

zum Haushalt 2026

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
Herr Bürgermeister Rotter,
Frau Erste Stadträtin Schülner,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlich willkommen zur Haushaltsberatung oder wie wir sagen zur nächsten Steuererhöhung.

Ein Haushalt für 2026, der erst Ende 2026 oder Anfang 2027 genehmigt wird. Den wir im vergangenen Jahr hätten beschließen müssen. Und vielleicht bekommen wir im nächsten Jahr die Erlaubnis dafür, was wir in diesem Jahr ausgeben dürfen.

Dieser Haushaltentwurf ist kein Sparhaushalt. Er ist ein Nothaushalt.

Es ist politisches Versagen mit Ansage.

Selbst der Kreis seinen Haushalt für 2027/ Nothaushalt überall

Warum?

Vielleicht, weil die Kommunen die Kreisumlage nicht mehr bezahlen können. Vielleicht, weil der Bürgermeister gesagt hat, dass er eine weitere Erhöhung nicht mitbeschließt!

Das verschafft uns vielleicht ein halbes Jahr Luft. Aber er löst kein einziges strukturelles Problem.

Bürgermeister Rotter hat selbst erklärt, dass die Zahlen für 2027 und 2028 im Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig sind.

Dies Fortsetzung des Problems.

Selbst die Liquidität funktioniert nur, weil sechs Millionen Euro als Einmaleffekt aus den KBR vereinnahmt werden können. Bei Instandhaltungsmaßnahmen soll gespart werden, während die Personalkosten weiter steigen. Das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Das ist finanzpolitischer Etikettenschwindel: viel Inszenierung, aber keine dauerhafte Entlastung. Eine politische Scheinlösung genau wie eine Klage!

Wir lehnen auch eine Klage Rödermarks gegen das Land ab.

Der einzige Antrag der Grünen zum Haushalt besteht offenbar darin, dass Rödermark klagen soll. Keinen einzigen konkreten Sparvorschlag haben sie vorgelegt.

Für eine solche Klage sind der Hessische Städte- und Gemeindebund oder der Hessische Städtetag zuständig. Sie vertreten die Kommunen. Wenn eine Klage Aussicht auf Erfolg hätte, hätten diese Verbände doch längst geklagt.

Statt die eigenen politischen Versäumnisse anzugehen, wollen Sie die Verantwortung an die Gerichte delegieren. Eine Klage kostet Geld, dauert Jahre, und ihr Ausgang ist offen.

Selbst ein Erfolg würde nicht garantieren, dass Rödermark auch nur einen Euro mehr zur Verfügung hätte.

Damit lenken Sie von den eigentlichen Problemen ab. Sie wollen offenbar nicht sparen und keine Lösungen erarbeiten – Sie wollen klagen. Wo die Politik handeln muss, nicht die Gerichte.

Die Rechnung wird den Bürgerinnen und Bürgern präsentiert

Statt zu sparen und neue Einnahmen zu schaffen, greift man den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche.

Die Grundsteuer wurde bereits rückwirkend um 40 Prozent erhöht. Die nächste Erhöhung ist für 2028 geplant. Dazu kommen wiederkehrende Straßenbeiträge, steigende Gebühren und sogar eine höhere Hundesteuer.

Was hat die FDP in den letzten Jahren nicht alles gefordert: Einsparungen beim Personalaufwand, Überprüfung der städtischen Strukturen, realistische Bewertung der Kassenlage und vor allem neue Gewerbe- und Wohngebiete.

Vertrag, kleingeredet und abgelehnt.

Stattdessen will man jetzt Immobilien festhalten, die nicht mehr benötigt werden und dauerhaft Kosten verursachen. Im Haushaltssicherungskonzept ist der Verkauf unrentabler Immobilien erst für 2030 vorgesehen.

2030!

Wir haben heute ein finanzielles Problem. Mögliche Lösungen sollen aber erst in vier Jahren umgesetzt werden. Und dann heißt es auch noch, wir wollten das Tafelsilber der Stadt verkaufen.

Nein, liebe Kollegen: Das ist nicht das Tafelsilber der Stadt. Das ist das Tafelsilber unserer Bürgerinnen und Bürger. Diese Immobilien wurden mit Steuergeld erworben. Wenn sie nicht mehr benötigt werden und dauerhaft unrentabel sind, müssen sie jetzt verkauft werden – nicht irgendwann.

Das gilt auch für das Grundstück der ehemaligen Kita Taubhaus. Das vorhandene Gebäude ist abbruchreif. Deshalb muss die Immobilie jetzt veräußert werden.

Der Verkauf schafft kurzfristig Liquidität, vermeidet laufende Unterhalts- und Betriebskosten und reduziert mögliche Finanzierungskosten. Gleichzeitig entstehen finanzielle Spielräume für wichtige Aufgaben und Investitionen. Der Bürgermeister sowie CDU und Grüne wollen das Grundstück dennoch als „strategische Option“ behalten. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

Das ist Realitätsverweigerung.

Wer heute nicht handelt, nimmt bewusst weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in Kauf.

Fördermittel und Verantwortung

Wie viele andere Kommunen haben auch wir uns an das Land Hessen gewandt. Am 25. Juni wurden wir zu Gesprächen in das Finanzministerium eingeladen. Ich bin mit der Erwartung dorthin gefahren, konkrete und realistische Lösungsvorschläge zu erhalten. Meine Hoffnung war, dass man uns zeigt, wie geförderte und bereits begonnene Stadtentwicklungsprojekte geordnet beendet werden können, wenn die Mittel für eine vollständige Umsetzung fehlen.

Die bereits erbrachten Leistungen müssen unabhängig vom Planungsstand anteilig förderfähig bleiben, statt sämtliche Fördermittel zu verlieren.

Wie wollen Sie, Herr Bürgermeister, den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass die Stadt Millionen in Projekte steckt und ihnen gleichzeitig immer tiefer in die Tasche greift?

Das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Das ist eine Politik auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger.

Rödermark braucht Entwicklung statt Stillstand

Wir brauchen neue Einnahmen. Dafür brauchen wir politischen Willen.

Hier ist das Land Hessen und insbesondere die CDU-geführte Landesregierung gefordert. Sie dürfen die Kommunen mit dieser Situation nicht alleinlassen. Herr Bürgermeister, Sie müssen alle politischen Möglichkeiten ausschöpfen und sich mit Nachdruck für eine Lösung einsetzen.

Es muss gewährleistet werden, dass Fördermittel nicht vollständig verloren gehen, nur weil sich der Planungs- oder Umsetzungsstand verändert. Auch unabhängig vom Planungsstand muss eine anteilige Förderfähigkeit erhalten bleiben.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Das muss gegenüber dem Land klar und unmissverständlich eingefordert werden. Aber statt Lösungen bekamen wir einen Katalog präsentiert, was angeblich alles freiwillig und damit verzichtbar ist: Schwimmbad, Kulturhalle, Bücherei – und sogar unsere Spielplätze. Spielplätze für Kinder gelten also als freiwillige Leistung. Gleichzeitig soll Rödermark leistungsfähig genug sein, um weitere Steuern zu erhöhen.

Willkommen in Absurdistan.

Für diese Entwicklung trägt die CDU politische Verantwortung. Im Bund. Im Land. Und hier in Rödermark.

Sie kann sich nicht jedes Mal hinstellen, als sei sie nur Zuschauerin der eigenen Politik. Wer jahrzehntelang Entscheidungen verhindert, darf sich nicht wundern, wenn am Ende kein Handlungsspielraum mehr vorhanden ist.

Als Beispiel das Gewerbegebiet Germania Nord. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Gensert hat vor sechs Jahren gesagt: „Wir haben zehn Jahre lang nichts gemacht, und nichts ist zu wenig. Wir müssen uns künftig besser anstrengen und bei diesem Thema mehr Mumm zeigen.“

Also, lieber Michael Gensert: Was ist in den vergangenen sechs Jahren bei Germania Nord passiert? Das Gebiet ist bis heute nicht entwickelt. Ankündigen kann man vieles. Wir müssen endlich aufhören, zuerst zu erklären, warum etwas angeblich nicht geht.

Wir müssen zeigen, wie es gehen kann.

Die Wirtschaftsförderung muss neu gedacht und mit der Baulandentwicklung verbunden werden. Das Gelände am Umspannwerk muss zeitnah entwickelt werden: als Standort für Batterietechnik und für Rechenzentren.

Wir haben engagierte Bürgerinnen und Bürger. Wir haben gute Unternehmen. Wir haben Entwicklungsmöglichkeiten. Uns fehlt nicht die Chance. Uns fehlt der politische Wille, sie zu nutzen.

Die FDP steht für eine andere Politik: für Ehrlichkeit statt Zahlenspiele, für Prioritäten statt Wunschlisten, für Einsparungen statt immer neuer Belastungen und für neue Einnahmen statt ständig höherer Steuern.

Wir wollen, dass Rödermark wieder handlungsfähig wird.

Dazu braucht es belastbare Zahlen, klare Entscheidungen und politische Verantwortung. Was wir nicht brauchen, ist eine Politik, die ihre eigenen Versäumnisse zum Sachzwang erklärt und die Rechnung anschließend an die Bürger weiterreicht.

Dieser Haushalt ist kein Zukunftsplan. Er ist der Versuch, jahrelanges politisches Nichtstun über die nächste Genehmigung zu retten. Ein schlüssiges Gesamtkonzept ist nicht erkennbar.

Die FDP-Fraktion ist bereit, Verantwortung zu übernehmen: mit Mut, klaren Prioritäten und einem belastbaren Plan.

Aber wir werden nicht länger akzeptieren, dass die Bürgerinnen und Bürger für die Fehler einer Politik bezahlen sollen, die seit Jahren von CDU und Grünen geprägt wird.

Verantwortung bedeutet auch, einem Haushaltswerk nicht zuzustimmen, das auf tönernen Füßen steht, auf Einmaleffekten beruht und keine tragfähige Lösung für die Zukunft bietet. Ein solcher Haushalt schafft kein Vertrauen und ist für uns deshalb nicht zustimmungsfähig.

Vielen Dank.